



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 10117 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Anne König
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sören Bartol, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin

Tel. +49 30 18 681-0

PSTB@bmwsb.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Ihre Frage 7/1 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 06.07.2022

Berlin, 6. Juli 2022

Sehr geehrte Frau Kollegin,

zu der von Ihnen gestellten Frage übersende ich die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Sören Bartol

Sören Bartol

Fragestunde im Deutschen Bundestag am 6. Juli 2022

Frage 1 der Abgeordneten Anne König

Frage:

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung unter der Federführung der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, um die Baubranche in ihrer aktuellen massiven Krise zu unterstützen, die nach einer Umfrage des Hauptverbandes der Bauindustrie <https://www.bauindustrie.de/pm/imagestudie-2022> (17.05.2022) durch flächendeckende Verzögerungen von Bauprojekten und nach einer Umfrage des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer (www.gdw.de/pressecenter/pressemeldungen/viele-wohnungsbau-und-klimaschutzprojekte-vor-dem-aus/; 9. Mai 2022) durch eine Aufgabe oder zumindest zeitliche Verzögerungen von Neubauprojekten sowie von klima- und altersgerechten Umbauten gekennzeichnet ist?

Antwort:

Der Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen auf den weltweiten Rohstoffhandel führt zu Störungen der Lieferketten und zum Mangel bei wichtigen Rohstoffen. Bauunternehmen klagen über starke Materialpreissteigerungen, durch die die Produktion beeinträchtigt ist und eine verlässliche Angebotsabgabe erschwert wird. Um die Situation abzufedern, hat das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) bereits im März 2022 für den Bundesbau einen Erlass zum vergabe- und vertragsrechtlichen Umgang mit den zum Teil extremen Preissteigerungen für Baumaterialien durch die Anwendung der Stoffpreisgleitklausel herausgegeben. Die Regelung wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr zeitgleich für den Fernstraßenbau veröffentlicht. Der Erlass ist von den meisten Ländern übernommen worden. Da die Regelung zunächst bis 30. Juni befristet war, wurde nun eine Verlängerung bis zum Jahresende und eine Nachschärfung veranlasst. Hierzu fanden im Vorfeld Gespräche mit den Bauwirtschaftsverbänden sowie dem Stahlbauverband statt.

BMWSB steht im regelmäßigen Kontakt mit der Bauwirtschaft, um etwaige Handlungsfelder zu identifizieren. So hat das BMWSB gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eine konzertierte Aktion von Politik, Industrie, Handwerk, Netzbetreibern und den Sozialpartnern im Bereich Wärmepumpen beschlossen (Ziel: 500 T WP/a). Die Produktion ist derzeit ebenfalls von Lieferengpässen und Preissteigerungen betroffen.